Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

24 (26.2.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 24
Verlag: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b—5, Tel. 4031/53

BADISCHE

Karlsruhe, Donnerstag, 26. Febr. 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr

NEUESTE NACHRICHTEN

Abdul Kader Husseini, das Oberhaupt der arabischen Einheiten in Jerusalem und der Leiter der arabischen Aktionen. (Dena-INP-Bild)

Deutsche kämpfen in Palästina in den Reihen der Araber

Tel Aviv, 25. Febr. (Dena-INS) Beamte des jüdischen Geheimdienstes in Palästina haben einem Bericht des INS-Korrespondenten Kenneth Dixon zufolge erklärt, daß eine große Anzahl ehemaliger deutscher Frontoffiziere die Araber für ihren Kampf gegen die Juden ausbilden und sie bei ihren Operationen anführen.

Wie aus dem Bericht, der sich auf dokumentarische Beweise von Geheimdienstbeamten der Haganah-Organisation stützt, weiter hervorgeht, gehörte ein Teil der früheren deutschen Offiziere dem Afrikakorps General-Feldmarschall Rommels an, andere flüchteten nach der Kapitulation Deutschlands aus ihrer Heimat. Die meisten von ihnen entkamen, wie von jüdischer Seite erklärt wurde, „ohne große Schwierigkeiten" aus britischen Gefangenenlagern in Ägypten und anderen Ländern des Nahen Ostens.

Aus Jerusalem meldet Dena-Reuter: Abdul Kader Husseini, der Führer der arabischen Guerillas in Jerusalem, nahm am 23. Februar die Verantwortung für die Explosion auf sich, durch die am 22. Febr. auf der Jerusalemer Geschäftsstraße Ben Ye Hud etwa fünfzig Personen getötet und großer Schaden angerichtet wurden.

„Rußlands Forderungen an Österreich sind untragbar"

London, 25. Febr. (AP) Die Westmächte wollen von der Sowjetunion eine genaue Aufstellung aller Vermögenswerte, die sie seit Kriegsende aus Österreich abtransportiert hat, verlangen, berichtete man am Mittwoch in zuständigen Diplomatenkreisen Londons.

Eine solche Aufstellung sei die wesentliche Vorbedingung für die Einigung der Außenministerstellvertreter über die Abfassung eines Friedensvertrages für Österreich.

In amerikanischen und britischen Konferenzkreisen bemerkt man, daß die bisherigen Sitzungen größtenteils der Klärung der sowjetischen Forderungen dienten. Der sowjetische Delegierte N. P. Koktomow habe seit Beginn der Verhandlungen nur wenig genaue Angaben darüber unterbreitet. Die amerikanischen und britischen Delegierten bezeichneten die russischen Ansprüche als untragbar und erklärten, der Erfolg der Konferenz werde davon abhängen, ob Rußland seine Rechnung in ultimativer Form präsentiert oder Kompromißbereitschaft zeigt.

Skandinavische Länder nehmen am Marshall-Plan teil

Oslo, 25. Febr. (AP) Nach zweitägigen Beratungen kam am Dienstagabend die Konferenz der Außenminister Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Islands zum Abschluß. Die Minister gaben ein Kommuniqué heraus, demzufolge die vier Staaten eine Zollunion bilden wollen. Sie wollen ihre Zolltarife einheitlich gestalten und sich ferner um die Entwicklung neuer Industriezweige im Rahmen des Marshall-Planes bemühen.

Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß der nördlichen Staaten für wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt, der seine erste Sitzung im März oder im April in Kopenhagen abhalten soll.

Beneluxländer nehmen an der Londoner Konferenz teil

Über die Zukunft Westdeutschlands wurde noch keine Einigung erzielt

London, 25. Febr. (AP) Mit der Teilnahme der Benelux-Vertreter, die am 25. d. M. in die Verhandlungen eingreifen sollen, hat sich die Dreimächtekonferenz in London am Dienstag Deutschlands Rolle im Marshallplan zugewendet. Die Auswertung von Deutschlands Arbeitskräften, seinem Material und Industriepotential zur Unterstützung von Europas Wiederaufbau haben sich die USA als Hauptziel gesetzt.

Eine wie große Bedeutung man dem Erfolg bei dieser Zielsetzung beimißt, geht daraus hervor, daß der US-Botschafter in London, Lewis Douglas, von seiner wichtigen Aufgabe bei der Vorlage des Marshallplans vor den Kongreß als Leiter der amerikanischen Delegation nach London berufen wurde.

Es hat den Anschein, daß Frankreich und vielleicht die Beneluxstaaten auf totsicheren Garantien gegen eine Wiedergeburt der deutschen Militärmacht bestehen werden, bevor ein Übereinkommen über die Erhöhung des deutschen Produktionsniveaus erzielt wird.

Wie Dena weiter meldet, sieht die von der Konferenz gebilligte Tagesordnung die Behandlung folgender Punkte vor:

Beteiligung der Benelux-Länder an der Deutschland-Politik. —

Stellung West-Deutschlands unter den Besatzungsmächten zum europäischen Wiederaufbauprogramm. —

Die Rolle der deutschen Wirtschaft innerhalb der europäischen Wirtschaft.

Kontrolle des Ruhrgebietes.

Sicherheiten und Schutz gegen Deutschland.

Form der Reparationen.

Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands.

Vorläufige territoriale Veränderungen..

Ein Sprecher des holländischen Außenministeriums umriß die offizielle holländische Haltung zu den Londoner Besprechungen über Deutschland.

Er erklärte, die Niederlande wollten im Gegensatz zu Belgien nicht auf Gleichberechtigung in den Besprechungen bestehen, da sie die Verantwortung der drei Großmächte hinsichtlich der Zukunft Westdeutschlands völlig anerkennen.

Eine wichtige Rolle bei den Wünschen der Benelux-Staaten spiele die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs durch die Häfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam gegen Dollarzahlung. Holland werde seine Forderung auf Grenzberichtigungen nicht auf der Londoner Konferenz vorbringen, da die niederländische Regierung der Ansicht ist, daß diese erst erörtert werden können, wenn der Friedensvertrag mit Deutschland ausgearbeitet wird.

Die Konferenzteilnehmer beschlossen ferner, täglich für etwa drei Stunden zusammenzutreten. Die Sitzungen werden im allgemeinen geheim sein, es sei denn, daß auf Beschluß eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben wird.

Wie Dena-Reuter aus London erfährt, wurden die Dreimächte-Besprechungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich über die Zukunft Westdeutschlands am 24. Februar fortgesetzt, ohne daß, wie ein Sprecher der französischen Botschaft bekanntgab, eine Einigung erzielt wurde. Der Sprecher weigerte sich, weitere Informationen zu geben. Ein Kommunique über die Sitzung wurde nicht veröffentlicht.

Dena-Reuter meldet weiter, daß die für 25. Febr. vorgesehene Sitzung der Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs über Westdeutschland auf den 26. Febr. verschoben wurde, um die Ankunft der belgischen Delegierten zu erwarten.

Kommunisten errangen Übergewicht in der Tschechoslowakei

Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit

Prag, 25. Febr. (Dena) Aus der amerikanischen Botschaft in Prag verlautete INS zufolge am Dienstagabend, daß die Kommunisten jetzt die eigentliche Kontrolle über die Städte, Distrikte und Provinzen ausüben.

Der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Eduard Benesch befand sich am 24. Febr. laut INS in fast ständigen Verhandlungen mit Parteileitern, während sich die politische Krise stündlich verschärfte. Dr. Benesch wird, wie Radio Prag meldet, am Mittwoch eine Rundfunkansprache an das tschechoslowakische Volk halten.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik, Dr. Benesch, führte Besprechungen mit dem den Volkssozialisten angehörenden Vizepremier Peter Zenkl und mit dem Vorsitzenden der katholischen Volkspartei, Vizepremier Jan Sramek, und will auch noch Vertreter der slowakischen demokratischen Partei empfangen. Ministerpräsident Klement Gottwald hatte Benesch ersucht, die Gesuche dieser drei Parteien auf Ausscheiden aus der Koalitionsregierung anzunehmen.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Klement Gottwald erklärte am 23. d. M. laut Ceteka in Prag vor Vertretern politischer Parteien und Organisationen sowie namhaften Politikern, daß er die tschechoslowakische Regierungskrise auf demokratische, verfassungsmäßige und parlamentarische Weise lösen wolle. Keiner der zurückgetretenen Minister, führte Gottwald aus, könne wieder in die Regierung aufgenommen werden. Er werde nicht mit den derzeitigen Parteivorsitzenden verhandeln, die die Regierungskrise provoziert hätten. In allen Parteien und Organisationen gäbe es genügend aufrichtige Demokraten, die das Vertrauen des Volkes genießen. Auf dieser Basis würde die neue Regierung gebildet werden, um damit der Krise innerhalb der nächsten Tage oder sogar Stunden ein Ende zu setzen. In den letzten 48 Stunden hätten sich seine Ansicht und die des Präsidenten Benesch einander genähert, und er glaube bestimmt, führte Gottwald aus, daß der Präsident nach Beratung mit den Vorsitzenden der Parteien die Ministerliste, die er ihm vorlegen werde, annehme.

Wie Dena-Reuter aus London weiter meldet, hat die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur Tass am 25. Februar aus Prag berichtet, daß eine Konferenz der linksgerichteten Organisationen einschließlich der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei, des Zentralrates der Gewerkschaften und der Bauernorganisationen einen vorbereitenden Ausschuß gewählt hat, der ein „zentrales Aktionskomitee" einrichten soll. In einer von der Konferenz angenommenen Resolution heißt es, daß sie eine „konsolidierte nationale Front", eine Regierung Ministerpräsident Gottwalds, die das Vertrauen der Nation habe, unterstützen werde.

Benesch hat neue tschechoslowakische Regierung unter Gottwald angenommen

Wie wir weiter erfahren, hat Staatspräsident Benesch laut AFP am Mittwochnachmittag den Rücktritt der Minister der drei nicht kommunistischen Parteien angenommen und die Kabinettsumbildung in der von Klement Gottwald vorgeschlagenen Zusammensetzung gebilligt.

Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Klement Gottwald (Kommunist), stellvertretende Ministerpräsidenten: Bohumil Lauschman (Sozialdemokrat), Wilem Siroky (Slowakischer Kommunist), Antonin Zapotocky (Kommunist), Außenminister: Jan Masaryk (parteilos), Innenminister: Vaclav Nosek (Kommunist), nationale Verteidigung: General Ludvik Swoboda (parteilos), Informationsminister: Vaclav Kopecky, Industrieminister: Zdenek Fierlinger (Sozialdemokrat), Versorgungsminister: Frau Jankovcova (Sozialdemokrat), Innenhandel: Krajcir (Kommunist), Außenhandel: Gerogr (Kommunist), Justiz: Cepicka (Kommunist), Erziehung: Zdenek Nejedly (Kommunist), Koordination: Dr. Srobar (Slowakischer Demokrat), Staatssekretär im Verteidigungsministerium: Sevcki (Slowakischer Demokrat), Gesundheitswesen: Dr. Neman (Volkssozialist), Ministerium für Technik: Dr. Slechta (Volkssozialist), Post: Plohjar (Volkspartei), Verkehr: Petr (Volkspartei), Soziale Fragen: Erban (Sozialdemokrat), Landwirtschaft: Duris (Kommunist).

Die USA fordern Einheit Koreas

New York, 25. Febr. (Dena) Der stellv. amerikanische UN-Delegierte, Dr. Philipp C. Jessup, forderte laut INS am Dienstag die Kleine Vollversammlung auf, die Errichtung einer nationalen koreanischen Regierung in den von den Vereinigten Staaten besetzten Süd-Korea zu billigen. Der amerikanische Vorschlag ist die Antwort auf die sowjetische Nichtbeachtung der Resolution der Vollversammlung, die einen Ausschuß nach Korea entsandte, um die Wahlen am 31. März vorzubereiten. Jessup forderte ferner, die sowjetische Weigerung, der Korea-Kommission den Zutritt nach Nord-Korea zu gestatten, nicht anzuerkennen und die Kommission zu beauftragen, ihre Aufgaben rasch und gründlich weiter durchzuführen.

Jessup wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Korea-Kommission ist, der koreanischen Bevölkerung umgehend die Wahl einer Nationalversammlung zu ermöglichen. Den Sowjets darf nicht gestattet werden, ein Programm zur Bildung eines freien, unabhängigen Koreas zu blockieren.

1. Sitzung des neuen Wirtschaftsrates

KPD lehnt Beteiligung am Präsidium ab — Dr. Köhler bekennt sich zum Föderalismus — Dr. R. Müller nicht „Oberdirektor"

Frankfurt, 25. Febr. (Dena) Der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler (CDU) und Vizepräsident Gustav Dahrendorf (SPD) wurden am 24. Febr. in der ersten Plenarsitzung des erweiterten Wirtschaftsrates wiedergewählt, an der auch die Vertreter des bizonalen Länderrates teilnahmen. Auf Beschluß des Plenums bleiben die z. Zt amtierenden Direktoren vorläufig weiter im Amt und übernehmen unter dem Vorsitz des Direktors für Verwaltung und Finanzen, Alfred Hartmann, bis zur Bildung des Verwaltungsrates dessen Funktionen.

Alterspräsident Dr. Adam Remmele (SPD) sprach sein Bedauern aus, daß der Wirtschaftsrat nicht ganz Deutschland vertreten könne. Er betonte, der Wirtschaftsrat sei nicht imstande, unumschränkte Gewalt auszuüben, da durch die Gesetze der Besatzungsmächte gewisse Grenzen gesetzt seien. Der Vorsitzende der KPD-Fraktion, Ludwig Becker, gab bekannt, daß seine Fraktion es ablehne, sich am Präsidium des Wirtschaftsrates zu beteiligen.

Der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred Hartmann, teilte auf ein Auskunftsersuchen der SPD-Fraktion über angebliche Verhandlungen der Verwaltung für Finanzen mit Vertretern des ehemaligen aktiven Offizierskorps mit, die Gewährung von Pensionen für ehemalige aktive Offiziere sei nicht erörtert worden, sondern lediglich eine allgemeine geringe Versorgung aller ehemaligen Soldaten und Hinterbliebenen ehemaliger Soldaten.

Der Wirtschaftsrat billigte weiterhin gegen die Stimmen der KPD, daß der Präsident die Ausführung des Abkommens über die Überlassung von überschüssigem US-Armeematerial in Deutschland, auf die STEG (Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut) übertragen hat. Abg. Becker von der KPD widersprach für seine Fraktion dieser Regelung mit der Begründung, daß die Leitung der STEG vollkommen von höheren Offizieren (vom Major bis zum Generalleutnant) besetzt sei und daß sie die ihr anvertrauten Güter veruntreue.

Der Zweizonen-Länderrat trat am 24. Febr. zu einer Arbeitssitzung zusammen, um seine Geschäftsordnung, sein Verhältnis zu den übrigen Körperschaften der Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung und weitere Fragen zu beraten, die mit der Konstituierung des Länderrates zusammenhängen.

Die CDU-Fraktion des Wirtchaftsrates hat dem ehemaligen Vorsitzenden der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft, Dr. Rudolf Müller, offiziell den Posten des „Oberdirektors" angeboten, Dr. Müller habe jedoch abgelehnt, da er die Ansicht vertrete, die bestehenden politischen Parteien stellten keine wahre Volksvertretung dar, sondern seien lediglich Träger einer „Scheindemokratie".

Ein Bekenntnis des Präsidenten des bizonalen Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, zur föderalistischen Ordnung gab der Pressedienst der CDU, „Uniondienst" hier am Dienstag bekannt. Danach äußerte Dr. Köhler, er müsse als politisch Verfolgter den Zentralismus mit besonderer Schärfe ablehnen, da es ihm klar sei, daß der Zentralismus ein Vorläufer der Diktatur sei. Er bekenne sich nicht nur staatspolitisch, sondern auch kulturell und persönlich mit der CDU/CSU zum Föderalismus als dem Ausdruck des Wertes der Persönlichkeit.

Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung vor dem Landtag

Stuttgart, 25. Febr. (Eig. Ber. Hue.) Am 25. Februar fand in Stuttgart die 67. Sitzung des württembergisch-badischen Landtages statt. In der 3. Lesung nahm das hohe Haus ein Gesetz über die Bestellung von Treuhändern für solche Personen an, die unter Vermögenskontrolle stehen. Ein Zusatzantrag der KP, der verlangte, daß vor der Bestellung eines Treuhänders neben der zuständigen Berufsvertretung auch die Gewerkschaften gehört werden sollen, wurde ebenfalls angenommen.

Das Gesetz Nr. 231 über außerordentliche Maßnahmen im Pachtrecht wurde in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Dieses Gesetz ist notwendig geworden, um den zeitbedingten Umständen gerecht werden zu können. Es regelt die Kündigung und Aufhebung von Pachtverträgen.

Der Entwurf des Gesetzes Nr. 228, Änderungen des Mieterschutzes betreffend, wurde in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Ähnlich wie im Gesetz Nr. 231 wird hier versucht, Härten, die aus kriegsbedingten Mietverträgen für die Vermieter entstanden, zu beseitigen.

Ein gemeinsamer Antrag der Landtagsausschüsse für Landwirtschaft, Ernährung und Verkehr befaßte sich mit der Einleitung von Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung und Erhaltung der Arbeitskraft sowie Beschaffung von Rechtsgrundlagen zur Durchführung wirtschaftlicher Notmaßnahmen und mit der Einführung der Beschäftigtenkarte. Dieser Antrag ersucht die Staatsregierung, bei der bizonalen Wirtschaftsverwaltung für eine Überprüfung des gesamten Zulagesystems einzutreten und Maßnahmen für den sofortigen Verkauf von gehorteten und beschlagnahmten landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstdünger und für den sofortigen Verkauf von Schuhen, Kleidern und Haushaltgegenständen an die Bevölkerung.

Abg. Andre (CDU) erklärte, daß die Besatzungsmächte die moralische Pflicht hätten, mehr Lebensmittel nach Deutschland hereinzulassen. Abg. Margulies (DVP) entgegnete, daß das Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen deutschen und alliierten Instanzen aufhören müsse.

Landwirtschaftsminister Stooß betonte, daß man noch einmal bei der Besatzung vorstellig werden müsse, um wieder Möglichkeiten des direkten Geschäftsverkehrs mit dem Ausland zu erreichen. Wirtschaftsminister Dr. Veit sprach zu der Frage der Kontrollkommissionen, die zur Durchführung der Sofortmaßnahmen notwendig werden. Er sprach sich gegen die Verleihung des Beschlagnahmerechts an diese Kommissionen aus, da sonst erst ein neues Gesetz geschaffen werden müsse und wertvolle Zeit verloren gehe. Der Antrag der Ausschüsse wurde einstimmig angenommen. In 2. und 3. Lesung wurde das Gesetz Nr. 508 über den Staatsvertrag zwischen Bayern, Württemberg-Baden und Hessen zur Regelung der Lotterieverhältnisse angenommen.

Im Telegrammstil

Canberra. Der australische Minister für Einwanderung, Arthur Calwell, gab am 25. d. M. im Repräsentantenhaus bekannt, daß die australische Regierung nunmehr die Zeit für gekommen erachte, Staatsangehörige früherer Feindstaaten in Europa die Einwanderung nach Australien zu gestatten. (Dena-Reuter)

Paris. Italien ist der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) mit dem Status eines „Mitgliedsstaates" beigetreten. — Die französische Regierung gab am Dienstag bekannt, daß sie beschlossen habe, die Dauer des Militärdienstes von einem Jahr auf 18 Monate zu erhöhen. (Dena-Reuter-INS)

Brüssel. Von den 60 000 deutschen Kriegsgefangenen in Belgien sind 54 500 bisher in die Heimat entlassen worden. Den restlichen 5 500 ist die Erlaubnis erteilt worden, als freie Arbeiter in Belgien zu bleiben. 4 000 davon sind im Bergbau beschäftigt, die übrigen in der Industrie oder Landwirtschaft. (Dena-INS)

Belgrad. Die letzten 100 000 der vor dem Kriege etwa 500 000 Köpfe zählenden deutschen Minderheit in Jugoslawien, die als „Volksdeutsche" bezeichnet wurden, sind nunmehr, wie ein Beamter des jugoslawischen Außenministeriums hier am 23. Febr. bekanntgab, aus ihren Sperrgebieten entlassen worden und haben Arbeits- und Heimstätten in Jugoslawien erhalten. (Dena-Reuter)

München. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse in Hannover werden dreihundert bayerische Firmen gegenüber sechzig im Vorjahr ihre Exportwaren ausstellen und rund 18 % der Ausstellungsfläche belegen, teilte hier am Montag das bayerische Außenhandelskontor mit. — Flüchtlinge lieferten während des vergangenen Jahres insgesamt fünf Hunde im Passauer Schlachthof ein und erhielten sie nach erfolgter Schlachtung und Fleischbeschau gegen eine Gebühr von einer Mark zurück. Dies wurde von Beamten des Schlachthofes der „Passauer Neuen Presse" gegenüber bestätigt. (Dena)

Hof. Von 17 000 Haushalten wurde bei der am Montag abgeschlossenen „Speisekammer-Aktion" lediglich ein ausgefüllter Fragebogen abgegeben, der einen Mehrbestand von zwei Zentnern Kartoffel meldete. (Dena)

Stuttgart. Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. Lafollette, genehmigte vor kurzem die Überlassung von Konstruktionsgerät der US-Armee an das technische Landesamt zur beschleunigten Ausbesserung der Autobahnstrecke Stuttgart — Heilbronn. Dieses Teilstück der Autobahn ist einer der wichtigsten Verkehrswege des Landes, da es den zentral gelegenen Binnenhafen Heilbronn mit Stuttgart verbindet. (Dena)

Frankfurt. Die neuen in der gesamten Bizone gültigen Bezugsmarken für Fahrräder, Fahrradanhänger und Kinderwagen werden nach einer Mitteilung der Verwaltung für Wirtschaft vom Dienstag ab 1. März ausgegeben. — Die Bizone werde noch in dieser Woche aus Dänemark etwa 32 000 t Gerste im Austausch gegen etwa 25 000 t Weizen erhalten, teilte hier am 24. Febr. ein Beamter der Kontrollgruppe für Ernährung und Landwirtschaft beim Zweimächte-Kontrollamt mit. — Die amerikanische Luftfahrtgesellschaft (Pan American World Airways) hat von der amerikanischen Militärregierung die Genehmigung erhalten, ab 1. März auf den Strecken Frankfurt — Nürnberg — Stuttgart — München deutsche Staatsangehörige gegen Markbezahlung zu befördern, teilte Direktor Charles de Loca am Mittwoch mit. (Dena)

Düsseldorf. Die Steinkohlenförderung in der britischen Zone betrug am 20. Febr. 267 519 t und am 21. Febr. 266 528 t und lag damit unter den Förderziffern der Vortage, teilte die DBL mit. (Dena)

Berlin. Zahlreiche sowjetische Soldaten haben nach einer Mitteilung der US-Militärregierung illegal die Grenze zwischen Bayern und der sowjetischen Besatzungszone Österreichs überschritten, um sich auf bayerischem Gebiet durch eigenmächtige Forderungen bei den Bauern sowie durch Erlegen von Wild Nahrungsmittel zu beschaffen. Die amerikanische Besatzungspolizei sei von den Grenzverletzungen durch Truppen einer anderen Besatzungsmacht in Kenntnis gesetzt worden. — Der Vorsitzende der Sowjetzone-LDP, Dr. Wilhelm Külz, hat schriftlich seinen Austritt aus der Berlin-Wilmersdorfer Ortsgruppe der LDP erklärt. — Die Ausbeute an Weißzucker aus der Zuckerrübenernte 1947 in der Sowjetzone beträgt nach einem Artikel der Zeitschrift „Die Wirtschaft" schätzungsweise 350 000 Tonnen. — Die Rückkehr nach Polen wurde jetzt den deutschen Staatsbürgern polnischer Abstammung, deren Vorfahren während der letzten 50 Jahre nach Deutschland eingewandert sind, von den britischen Behörden genehmigt, teilte die britische Kontrollkommission mit. (Dena)

Roosevelt und Morgenthau und wie es zu dem Plan kam

New York, 25. Febr. (Dena-INS) Der ehemalige amerikanische Kriegsminister, Henry Stimson, veröffentlicht am Montag in der März-Ausgabe des „Ladies Home Journal" Einzelheiten über seinen Kabinettskampf gegen den Morgenthau-Plan zur Zerstörung der deutschen Bergwerke und Schwerindustrie. Stimson gibt ferner seiner Ansicht Ausdruck, daß Präsident Roosevelt kurz vor seinem Tode die Geduld mit den „schwierigen Sowjets" verloren und eine „veränderte nachgiebigere amerikanische Politik" eingeschlagen habe.

Bis September 1944, erklärt Stimson, habe eine verständliche einseitige Konzentration auf den militärischen Sieg die Beschäftigung mit allen Nachkriegsplänen aus seinen Gedanken und denen anderer führenden Persönlichkeiten verdrängt. Die Armee habe den Vorrang vor den Politikern gehabt. Diese Tatsache und die bereits schwindende Gesundheit Präsident Roosevelts hätten zu der Billigung des Morgenthau-Planes auf der Konferenz von Quebec geführt.

Auf dieser Konferenz habe Morgenthau Churchill und Roosevelt mit seinem Hauptargument überredet, daß eine solche Aktion dem britischen Handel Vorteil bringen werde. In Washington habe Stimson sich dann gegen einen solchen Plan gestellt. Als er Roosevelt auf die drastischen Bestimmungen des Planes zur Vernichtung des Ruhr- und Saarpotentials aufmerksam gemacht hätte, sei der Präsident offensichtlich erschreckt gewesen und habe erklärt, er könne nicht verstehen, wie er dieses Dokument habe abzeichnen können. Offensichtlich habe er (der Präsident) dies ohne viel Nachdenken getan.

Englische Stimme zur deutschen Jugend

Bad Nauheim, 25. Febr. (Dena) Der Leiter der Abteilung für Jugendorganisationen bei der britischen Kontrollkommission, Oberst Andrews, erklärte in einem Vortrag über Fragen der deutschen Jugendverbände, als Hitler an die Macht kam, seien fast alle deutschen Jugendorganisationen in die Hitlerjugend gezwungen worden und hätten dadurch ihr Eigenleben verloren. Trotzdem sei der Unabhängigkeitsgeist, der in einigen Deutschen lebte, dadurch nicht getötet worden.

Was geschieht oder nicht geschieht, wird durch das deutsche Volk geschehen, durch die Väter, Mütter, Schwestern und Brüder und nicht durch Besatzungsmächte oder bürokratische Einrichtungen.

Zu der Einstellung der deutschen Jugend selbst führte Oberst Andrews aus: „Als Engländer habe ich vor allen Dingen gelernt, die hervorragenden Eigenschaften der jungen Deutschen von heute zu verstehen und zu erkennen. In Zeiten der Not, in denen der Wunsch zu leben so vorherrschend ist, kann man es fast ein Wunder nennen, daß junge Deutsche für die Zukunft planen und schöpferisch wirken wollen. Materielle Unterstützung kann und wird aus anderen Ländern kommen, aber die geistige Unterstützung muß zum größten Teil von innen heraus kommen. Die deutsche Jugend ist wie noch nie herausgefordert worden, mit mehr Entschiedenheit die Verantwortung zu übernehmen. Sie muß an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft selbst mitwirken."

In bezug auf die Arbeit, die von der jungen deutschen Generation geleistet werden muß, sagte Oberst Andrews: „Das deutsche Prinzip, nach dem eine Gruppe immer fragt, was sie von anderen Gruppen unterscheidet, muß dahin geändert werden, daß jede Gruppe andere Gruppen oder andere Organisationen als Mitarbeiter an derselben Sache ansieht. Es gibt trotz aller religiösen und politischen Meinungsunterschiede immer Berührungspunkte. In der heutigen Zeit wirtschaftlicher Not braucht man sie nicht weit zu suchen. Die Pflege der gefährdeten Jugend, die Gründung von Jugendheimen und Herbergen, der Kampf gegen die Sittenlosigkeit und den schwarzen Markt, die Ausbildung junger Kriegsversehrter, dies alles sind nur einige Beispiele für das, was ich meine".

Das balkanische Paktsystem

Von Gerhard Matthäus, Dena

Mit dem Abschluß des ungarisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspaktes am 18. Februar d. J. ist die letzte Masche eines Netzes von Bündnisverträgen geschlossen worden, das sich über alle Balkanländer — außer Griechenland — erstreckt und dessen Fäden von Moskau zusammengehalten werden.

Der politische Schwerpunkt des Balkans lag von jeher außerhalb seiner Grenzen. Nach dem Zusammenbruch der Donau-Monarchie am Ende des ersten Weltkrieges war es zuerst Frankreich, das durch Abschluß der „kleinen Entente" mit Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei seinen Einfluß auf den Südosten Europas geltend machte. Die kleine Entente war dem Sicherheitsbedürfnis der beteiligten Länder gegenüber einem möglichen Wiedererstarken der Mittelmächte des Weltkrieges — Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien — entsprungen und entbehrte wohl auch nicht einer Spitze gegen die Sowjetunion. Die kleine Entente zerbrach, nachdem sie bereits zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war, als Frankreich 1934 einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion abschloß, der sich in erster Linie auf die Achse Paris—Prag—Moskau stützte.

Der zweite große Versuch, die Balkanstaaten von außen her in einem System zusammenzufassen, ging dann von Hitler aus. Staat um Staat wurde unter deutschen Einfluß gebracht. Seiner stärksten Belastungsprobe war dieses System unterworfen, als Rumänien 1940 auf ein russisches Ultimatum und mit Billigung Hitlers und Mussolinis Bessarabien und die nördliche Bukowina an die Sowjetunion, nach dem Wiener Schiedsspruch Transsylvanien an Ungarn und schließlich die südliche Dobrudscha an Bulgarien abtreten mußte.

Als auch Jugoslawien in dieses System einbezogen werden sollte, erfolgte der erste russische Schritt zu einer direkten Einflußnahme: Am Vorabend des deutschen Überfalls auf Jugoslawien, das sich nicht widerspruchslos in den von Hitler dominierten Balkanblock einfügen lassen wollte, schloß die Sowjetunion am 5. April 1941 einen Freundschaftspakt mit Jugoslawien. Dieser Pakt kann als der Vorläufer des sowjetisch-jugoslawischen Bündnisses vom Jahre 1943 betrachtet werden, das den Ausgangspunkt des neuen Paktsystems darstellt. Mit dem Vormarsch der russischen Armee in die Länder des Balkans im letzten Jahre des Krieges wurden die Voraussetzungen für diese Blockbildung geschaffen.

Als bei Kriegsende Tito fest im Sattel saß, erwies sich Jugoslawien als stärkste Stütze der sowjetischen Bestrebungen, und um die Achse Moskau—Belgrad begann im Sommer 1946 die Gruppierung der unter kommunistischer Herrschaft oder Besatzung stehenden Donauländer. Am 3. Juli 1946 schlossen Albanien und Jugoslawien einen Freundschaftsvertrag. Schon damals schien der Gedanke einer zukünftigen „Donau-Förderation" beziehungsweise eines „Balkanblocks" festere Gestalt anzunehmen, doch erst ein Jahr später wurde mit einer plötzlich einsetzenden starken diplomatischen Aktivität mit der Verwirklichung dieser Pläne begonnen.

Die nachfolgende Zeit ist durch eine Reihe von Freundschafts- und Bündnisverträgen gekennzeichnet, durch welche die Balkanstaaten in engste Verkettung untereinander und mit der Sowjetunion gebracht wurden; dem bulgarisch-jugoslawischen Bündnisvertrag vom 3. August 1947 folgt am 28. November ein Freundschaftspakt für die Dauer von 20 Jahren, am 8. Dezember wird ein jugoslawisch-ungarischer, am 16. Dezember ein bulgarisch-albanischer, am 19. Dezember ein rumänisch-jugoslawischer Freundschafts- und Beistandspakt unterzeichnet.

Im neuen Jahre finden diese Vertragsabschlüsse ihre Fortsetzung mit einem bulgarisch-rumänischen Freundschaftspakt am 16. Januar und einem rumänisch-ungarischen Freundschafts- und Beistandspakt am 24. Januar, denen am 5. Februar die Unterzeichnung eines sowjetisch-rumänischen und am 18. Februar eines sowjetisch-ungarischen Paktes folgen.

Anlaß zu einer Reihe von Spekulationen gab Ende Januar ein in der Moskauer „Prawda" erschienener Artikel, der sich gegen das Projekt einer Föderation der Balkanstaaten wendet, so wie es von dem bulgarischen Ministerpräsidenten George Dimitroff in einer Rede ins Auge gefaßt worden war. Ob es sich bei diesem Artikel, wie in vielen westeuropäischen Pressestimmen zum Ausdruck kam, um einen „Verweis" Dimitroffs nach Moskau, oder, wie andere Zeitungen vermuteten, um einen „Hinweis" auf die Zukunft handelt, wird erst die Zukunft weisen. Fest steht, daß mit dem Abschluß dieser Verträge der Balkan eine neue politische Organisationsform erhalten hat.

Die Verkettung der Balkanstaaten untereinander dürfte damit zum Abschluß gekommen sein. Die nächsten Schritte werden die Abschlüsse von Verträgen zwischen den Balkanländern und den restlichen Ländern des Kontinents sein, die unter sowjetischem Einfluß stehen. — Mit der Tschechslowakei und Polen.

Erst, wenn dies geschehen ist und auch Finnland, wo die Möglichkeit eines Bündnisses mit der Sowjetunion gegenwärtig im Mittelpunkt einer heftigen Diskussion steht, mit in die Verträge einbezogen ist, wird das Paktnetz im Westen der Sowjetunion vollständig sein.

Haussuchung bei Dr. Semler

München, 25. Febr. (Dena) Das Büro des ehemaligen Direktors der Zweizonenwirtschaftsverwaltung, Dr. Johannes Semler, in den Münchener Geschäftsräumen der deutschen Warentreuhand AG wurde am 21. Febr. durch amerikanische Untersuchungsbeamte und deutsche Polizei durchsucht und steht seit dieser Zeit unter Bewachung. Es wurden eine Reihe von Dokumenten beschlagnahmt und außerdem 1½ Zentner Kaffee, 15 Flaschen Wein sowie 12 Glühbirnen protokollarisch festgestellt. Dr. Semler war zur Zeit der Untersuchung nicht anwesend; er wurde, wie Dena weiter erfährt, am 21. Febr. in München von Beamten der amerikanischen Militärregierung für Deutschland zu einer mehrstündigen Unterredung herangezogen.

Grotewohl contra Westmächte

Berlin, 25. Febr. (Dena) Die der Sowjetunion in Jalta zuerkannten zehn Milliarden Dollar Reparationen stünden in keinem Verhältnis zu den von den Deutschen in der UDSSR angerichteten Zerstörungen, die mit 128 Milliarden Dollar beziffert würden, erklärte der Vorsitzende der SED Otto Grotewohl hier am Dienstag auf einer Funktionärversammlung der SED. Grotewohl bezichtigte in seiner Rede die westlichen Alliierten an der deutschen Kohle zu verdienen, verglich eine Äußerung Clays mit einer Kriegsparole Hitlers und setzte sich für die Durchführung eines Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Entrümmerung und Aufbau

Facharbeitermangel das schwierigste Problem — 15 % der Kosten der Schuttabräumung durch die Gewinnung von Baumaterial gedeckt

Es läge nicht nur im Interesse aller, sondern wäre auch organisch richtig, wenn sich mit der fortschreitenden Entrümmerung der Aufbau besser entwickeln würde. Der noch nicht fertiggestellte Stadtpan behindert die Bebauung der freigelegten Fundamente nicht, da es vorläufig an Material und vor allem an Bauhandwerkern fehlt. Diese Tatsache wird in den kommenden Jahren den Verantwortlichen viel Sorge bereiten. Die Situation ist so, daß auch ohne Materialsorgen an einen großzügigen Aufbau nicht gedacht werden kann, weil der Facharbeitermangel außerordentlich groß ist. Den 5000 Studierenden an den verschiedenen Hochschulen in Karlsruhe stehen 260 Lehrlinge des Bauhandwerks gegenüber. Schon in den vergangenen Jahren war ein erheblicher Rückgang der Fachkräfte des Baugewerbes zu verzeichnen. Ein Großteil kam aus den Landorten der Umgebung, die nach dem Kriege bessere Erwerbsmöglichkeiten in heimischer Umgebung fanden. Diese Schwierigkeiten sind allgemein. In Freiburg standen beispielsweise 5 Firmen, die mit dem Bau von Wohnbaracken, 275 Zwei- bis Dreizimmerwohnungen, beauftragt waren, 7 Bauhandwerker und 4 Lehrlinge zur Verfügung. Der dortige Oberbürgermeister ließ deshalb eine Bauschule errichten, die der Umschulung für künftige Bauhandwerker dient. Die Flucht in Büros und Ämter wird die stabilisierte Währung korrigieren. Es ist Aufgabe der Berufsberatungsstellen und Arbeitsämter, Eltern und Lehrlinge dringend darauf hinzuweisen, daß mit der Berufswahl auch die späteren Erwerbsmöglichkeiten berücksichtigt werden müßten. Eines Tages wird nicht der Beruf, sondern die Verdienstmöglichkeit entscheidend sein.

Mit der Enttrümmerung lieferte die AAK wertvolle Materialien für den Aufbau. Bisher wurden insgesamt 8 730 000 Backsteine, 30 000 cbm Bruchsteine, 1383 To. Baustahl und 16 000 kg sonstige Metalle, sowie 574 cbm Bauholz für die Wiederverwendung geborgen. Der Verkauf der Baustoffe brachte einen Erlös von 850 000 Mark, womit 15 % der Gesamtaufwendungen gedeckt werden konnten. Mit mehr als der Hälfte der auf 1,5 Millionen cbm bezifferten Gesamtschuttmenge wurde ein Teil der Niederung des Ölbeckens aufgefüllt und wertvolles Fabrikgelände gewonnen. Den Vorsprung, den Karlsruhe vor den anderen Städten gewonnen hat, ist selbst bei einer baldigen Währungsreform nicht mehr einzuholen, und bedeutet für die Stadt eine unschätzbare finanzielle Entlastung. Es scheint auch für die Zukunft angezeigt, den bisherigen erfolgreichen Weg weiterhin zu beschreiten. Je schneller die Trümmer weggeräumt sind, desto geringer werden die späteren finanziellen Belastungen sein, und außerdem sind die wiedergewonnenen Baustoffe nicht unerheblich für den Wiederaufbau.

Die Arbeit der AAK fand nicht nur in Karlsruhe Anerkennung, sondern erregte auch bei vielen Durchreisenden Erstaunen, die ihre Bewunderung in Briefen ausdrückten. Zuschriften, die besagten, daß die AAK Bausteine aufs Land verkauft habe, wurden von der Bauleitung dahingehend beantwortet, daß nicht die AAK, sondern das Aufbauamt die Verteilung vornehme. Anders sei es bei staatlichen Gebäuden, die über die zuständigen Regierungsstellen die wiedergewonnenen Baustoffe auch an die Landorte abgeben. Die AAK reiße auch nicht Häuser ein, wenn darüber nicht die Kommission entschieden habe. Diese setzt sich aus Vertretern des Hausbesitzes, des Hochbauamtes und der Denkmalspflege zusammen. Jeder Gesichtspunkt fände dabei Berücksichtigung, wobei die Sicherheit vorginge. Im Gegensatz zu anderen Städten hätte die Karlsruher Bevölkerung keine Todesfälle durch einstürzende Ruinen zu verzeichnen. Im übrigen ist noch viel Schutt zu entfernen und wer bessere Vorschläge hat, soll gerne gehört werden. P.S.

Naturwissenschaftliche Kostbarkeiten unter Trümmern

Zwischen den Trümmern der ehemaligen Landesbibliothek und dem früher von jung und alt so gern aufgesuchten naturwissenschaftlichen Landesmuseum am Friedrichsplatz arbeiten in 2 engen Räumen wieder 5 Wissenschaftler der Botanik, Geologie, Mineralogie und Zoologie. Die Fachbüchereien sind glücklicherweise gerettet. In einer Werkstatt wurde von kundiger Hand ein kostbarer Ichtyosaurier wiederhergestellt. Von den etwa 200 naturwissenschaftlichen Vereinen in der Welt schickten schon eine erfreuliche Anzahl, insbesondere die Schweiz und Amerika ihre neuesten wissenschaftlichen Veröffentlichungen im Austausch. Unser naturwissenschaftliche Landesforschungsstelle arbeitet wieder und steht der Öffentlichkeiten zu Auskünften zur Verfügung. Es bleibt noch zu wünschen, daß wenigstens ein Teil der ehemaligen Ausstellung bald wieder hergestellt wird, damit der Anschauungsstoff der naturwissenschaftlichen Landesforschung bei dem Mangel an Büchern vor allem den Schulen wieder zugänglich gemacht werden kann. Elgro.

KURZE STADTNOTIZEN

Zuckerwaren, Kunsthonig und Marmelade. Das Ernährungsamt weist darauf hin, daß in der 112. Zuteilungsperiode Kunsthonig, Marmelade und Zuckerwaren nicht auf die zur Belieferung mit Rohrzucker vorgesehenen Abschnitte ausgegeben werden dürfen.

Zucker statt Kartoffeln. Es ist beabsichtigt, für die 3. und 4. Woche der 111. Zuteilungsperiode an Stelle von Kartoffeln Rohrzucker auszugeben. Da der Rohrzucker noch nicht vorhanden ist, wird gebeten, die Lieferabschnitte der 111. Zuteilungsperiode aufzubewahren.

Hooverspeisung für Lehrlinge und Jungarbeiter. Wer sich zur Hooverspeisung ordnungsgemäß angemeldet hat und noch nicht gespeist wird, kann die Speisung ab 1. März in der in der Anmeldung eingetragenen Ausgabestelle Montag bis Freitag, zwischen 17 und 19 Uhr, abholen. Meldekarte des Arbeitsamtes ist als Ausweis mitzubringen.

Nach Holland eingeladen. Landesjugendpfarrer Hans Hermann befindet sich auf Einladung der evangelischen Kirche in Holland.

Verkehrsunfälle. Beim Überschreiten der Durlacher Allee wurde eine Frau von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Neben einer Gehirnerschütterung kam sie mit leichteren Verletzungen davon. — Auf der Badener Straße wurde ein 8jähriger Schüler, der auf einem Schlitten von der Straßenböschung herab über die Fahrbahn fuhr, von einem Personenkraftwagen überfahren und schwer verletzt. — Auf der Ettlinger Allee wurde ein Radfahrer, als er die Fahrbahn kreuzte, von einem Lastkraftwagen angefahren. Er erlitt mehrere Rippenbrüche und eine leichtere Kopfverletzung.

Die Karlsruher „Quickborn"-Gruppe veranstaltete am Dienstag, 24. 2. 1948 im Kolpinghaus einen Görres-Abend, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag von Studienrat Dr. W. Kölmel-Weinheim stand. Dr. Kölmel entwarf ein fesselndes Bild von Persönlichkeit, dem Leben und Werk des großen deutschen und katholischen Publizisten und Gelehrten Josef von Görres, der einen unerbittlichen Kampf für Wahrheit, Recht und Freiheit führte und vor keinem ihrer Feinde kapitulierte, ob er Napoleon, Hardenberg oder Metternich hieß. Das geistige Erbe Josef v. Görres', so betonte der Vortragende, habe für unsere Zeit noch die gleiche Bedeutung und Aktualität wie vor 100 Jahren. —el.

Bundeschormeister gewählt. Präsidium und Musikausschuß des Badischen Sängerbundes 1947 haben sich anläßlich einer Tagung mit der Frage der musikalischen Ausrichtung der neuen Sängerorganisation beschäftigt. Nach eingehender Beratung wurde Kapellmeister Walter Schlagster einstimmig zum Bundeschormeister gewählt. Als anerkannter Komponist und Interpret bietet er die Gewähr für eine musikalisch-fruchtbare Aufwärtsentwicklung der geeinten badischen Sängerschaft. efha.

Theaterkultur in Karlsruhe. Über dieses Thema werden am kommenden Samstag, 28. Februar, 13.15 Uhr, im Stuttgarter Rundfunk (Sendestelle Heidelberg) Oberbürgermeister Töpper, Karlsruhe, Ministerialrat Dr. Thoma (Landesdirektor für Kultus und Unterricht), Generalmusikdirektor Matzerath und Verwaltungsdirektor Schleichert vom Bad. Staatstheater in Karlsruhe sprechen.

Jugenderziehungswerk. Am Freitag, 27. Februar, 19 Uhr, spricht in der Leopoldschule (Lesezimmer) Lina Neifen über „Tristan und Isolde" in der mitteldeutschen epischen Dichtung.

Evang. Frauenkundgebung. Am Freitag, 27. 2., 15 Uhr, spricht Lie. Ruth Fuehrer im Gemeindesaal der Matthäuspfarrei, Vorholzstraße 47, zu den evangelischen Frauen und Mädchen der Gesamt-Kirchengemeinde Karlsruhe.

Wohlfahrtskonzerte der Adventisten. Am Montag, 1. März, 19 Uhr, finden die Wohlfahrtskonzerte im Adventhaus-Saal in der Kriegsstraße 84 ihre Fortsetzung. In einem ausgesuchten Programm wirken Oratoriensängerin Bertfriede Linder mit Liedern alter und neuer Meister, B. Sienknecht vom Bad. Staatstheater und am Flügel Margot Schnekenburger mit. Der Erlös fließt der Karlsruher Nothilfe zu.

Dichterabend. Die betriebliche Arbeitsgemeinschaft „Junge Generation" der Karlsruher Lebensversicherung führt am Freitag, 27. Febr., 19.30 Uhr, im Speisesaal Gartenstraße 71, einen Abend unter dem Motto „Dichter sprechen zu Euch" durch.

Eintrittskarten-Vorverkauf. Die Karten-Agentur Paul Kahn, Kaiserstraße 126, Tel. 1862, hat neuerdings auch den Vorverkauf von Eintrittskarten für die Lichtspielhäuser Gloria, Kurbel und Palk übernommen. Außerdem sind dort im Vorverkauf zu haben die Eintrittskarten für die Kammerspiele, für Konzerte, Vorträge usw. der Konzertdirektion Hans Müller, Eintrittskarten zu Fußballspielen und Eintrittskarten für sonstige Veranstaltungen.

Not macht erfinderisch / Modenschau im Kaffee Museum

Die Interessengemeinschaft der Karlsruher Firmen Modewerkstätte Irma Völz-Ringel, Damenhutsalon Friedel Bernius, Schuhhaus Rieß und Juwelier Friedrich Abt veranstaltete in diesen Tagen im Kaffee Museum eine bunte Modenschau. Wie stark trotz der Schwere der Zeit das Interesse an modischen Dingen ist, bewies das bis auf den letzten Platz besuchte Kaffee. Gewiß, all die vielen hübschen Dinge, die dort zu sehen waren, können wir uns im Augenblick noch nicht anschaffen, aber Sinn und Zweck einer solchen modischen Veranstaltung ist auch, Auge und Geschmack wieder auf schöne und zweckentsprechende Kleidung auszurichten. Vielleicht haben wir doch ein wenig Glück und entdecken beim Nachsuchen in Mutters oder Großmutters Kleidertruhe wirklich noch das eine oder andere Stück, das bis jetzt dem traurigen Los, bei unserem Hungerdasein „verfüttert" zu werden, auf seltsame Art entgangen ist. Ein solches Kleidungsstück könnten wir dann nach einem der vielen geschmackvollen und auch einfach zu arbeitenden Modelle der Modewerkstätte Völz-Ringel oder nach Angaben des Maßateliers Fleischer in ein hübsches modernes Kleid verwandeln. Unter den Modellen, die besonderen Anklang fanden, war ein forsythiengelber Sommermorgenrock in großblumigen Tapetenmustern und ein Abendkleid in schwarzer Lackseide mit Türkisshawl, das sich durch ein schwarzes Tülloberkleid mit cremefarbigen aufgenähten Spitzen und Bolero in einen duftigen Walzertraum verwandelte. Daneben sah man manch praktisch-kleidsame Vormittagsgarderobe, karierte Trägerröcke, schöne Streifenmuster, Sportkleider. Frühjahrskostüme mit und ohne Pelzbesatz. Ein alter ausgedienter Fuchs liefert immer noch einen ansehnlichen, höchst repräsentativ wirkenden Besatz für das Herbst- oder Frühjahrskostüm. Daß man aus einem karierten Bettuch ein reizendes Dirndl arbeiten kann, wurde erneut bewiesen. Die elegante Schwarzweiß-Kombination war an einem flott gearbeiteten Sommerseidenkleid mit breitem, schwarzem, Gürtel festzustellen. Nachmittagskleider in Wolle und Seide, weich und gerafft, vom klassischen Schwarz bis zum buntgeblümten Muster vervollständigten die Modenschau in dieser Richtung. Die Krönung einer solchen Schau ist natürlich die Abendtoilette, ein Kleidungsstück, für das wir in Deutschland augenblicklich wohl noch keine allzugroße Verwendung haben, über dessen Anblick wir uns aber dennoch neidlos freuen sollten, hoffend, daß auch für uns in nicht allzuferner Zeit wieder einmal der Tag bzw. die Nacht kommen möge, in der wir uns in solche Gebilde von rieselnder Spitze, langer Schleppe oder weitfallendem, faltenreichen Rock hüllen. Die handgearbeiteten Seidenstrümpfe aus dem „Bunten Stüble" und das modische Kunsthandwerk aus der Werkstätte Ursula Mönckert sollen nicht unerwähnt bleiben. Begehrenswerte Pelzmäntel — alle aus Kanin übrigens — zeigte die Firma Schwarz-Schneider. Musikalisch umrahmt wurde die Schau von Willy Beyer und seinem Orchester, während Staatsschauspieler Karl Mehner in Vertretung des für den ersten Tag verhinderten Heinz Gudelius, Berlin, die Ansage übernommen hatte. H. F.

Beinahe Sicherungsverwahrung

Zuchthaus für reisenden Dieb und Betrüger

Schon als Zwölfjähriger machte er, weil er seine Mutter bestohlen hatte, vorübergehend mit der Fürsorgeerziehung Bekanntschaft. sechs Jahre später verurteilte das Jugendgericht den in ungünstigen häuslichen Verhältnissen Aufgewachsenen — sein Vater war Trinker — wegen eines Eigentumsvergehens zur ersten Freiheitsstrafe; kaum war diese verbüßt, folgten derselben Delikte wegen eine zweite und dritte, dann schloß sich 1942, da dem angehenden Autoschlosser eine geregelte Tätigkeit nicht schmeckte, wegen weiterer Diebstähle eine längere, durch die Strafkammer Heilbronn verfügte Zuchthausstrafe an, die den in Pfungstadt Geborenen in ein Arbeitslager im Emsland verschlug. Auch das Geschenk der Freiheit, die 1945 wieder anbrach, wurde nicht zum Anlaß genommen, ein neues Leben zu beginnen. Erst in Ostfriesland und im Odenburgischen, anschließend in der Odenwälder Heimat, bald darauf in der Pfalz und im Württembergischen wurden die Diebestaten und Betrügereien fortgesetzt und führten in verschiedene Gefängnisse. Der letzte, in Forchheim begangene schwere Diebstahl, machte dem ungebundenen Lotterleben ein vorläufiges Ende.

Die Hauptverhandlung vor der Strafkammer II Karlsruhe, die am Dienstag sich mit den Straftaten des Jakob Schmidt befaßte, errechnete als einwandfrei nachgewiesen 6 Fälle von Diebstählen und 17 von Betrug im Rückfall, sowie Ausweismißbrauch und Falschbeurkundung. Gestohlen wurden hauptsächlich Radios, Photoapparate, Fahrräder, Schifferklaviere, Kleider und Wäsche, die auf dem schwarzen Markt umgesetzt wurden. Die Geschädigten die teilweise eine unverständliche Vertrauensseligkeit auszeichnete, waren häufig Angehörige von Gefängnisbekanntschaften, liebestolle und heiratswütige Frauen und dem Schwarzhandel ergebene Personen, die sich durch nicht ausgeführte Lieferungsversprechungen verführen ließen, den Stromer vorübergehend bei sich aufzunehmen und sich von ihm bestehlen oder betrügen zu lassen.

Staatsanwalt Saam rechnete dem gefährlichen Gewohnheitsverbrecher 12 Vorstrafen nach und forderte drei Jahre Zuchthaus und Sicherheitsverwahrung. Das Urteil lautete auf 4½ Jahre Zuchthaus, sowie auf zwei Geldstrafen zu je 100 und vierzehn zu je 50 Mark und 5 Jahre Ehrverlust. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Eisemann, hob in seiner Begründung hervor, daß auch das Gericht im Zweifel gewesen sei, ob es den Angeklagten nach Verbüßung seiner Strafe wieder auf die Menschheit loslassen dürfe; es halte diesem aber zugute, daß er unter schwierigen Verhältnissen herangewachsen sei und halte es nicht für gänzlich ausgeschlossen, daß der Angeklagte in einer Zeit, die die heute weit verbreitete Devise „Nur die Dummen arbeiten noch" entwertet haben werde, sich einem geordneten Leben zuwenden könne. S.

Mithilfe der Bevölkerung an der Gemeindearbeit

Wie aus einem Aufruf des Oberbürgermeisters im Amtsblatt hervorgeht, kann die Bevölkerung brauchbare Vorschläge und berechtigte Beschwerden grundsätzlicher Art in einem hierfür besonders errichteten Briefkasten im Flur des Rathauses einwerfen. Solche Einsendungen müssen mit Namen und voller Anschrift unterzeichnet sein und werden auf Wunsch vertraulich behandelt. Anonyme Zuschriften können nicht beachtet werden.

In der gleichen Ausgabe des Amtsblattes ist eine im Auftrag der Militärregierung veröffentlichte Bekanntmachung betr. Genehmigung von Transaktionen innerhalb der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Es wird darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Genehmigung nicht dahingehend ausgelegt werden kann, daß die Ausfuhr von Vermögen aus der amerikanischen Besatzungszone genehmigt werde.

Neubürger wählen Vertrauensleute

Vom 28. 2. bis 16. 3. findet die Neuwahl der Neubürger-Vertrauensleute im Stadtkreis Karlsruhe statt. Wahlbar ist jeder Neubürger über 21 Jahre, ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthaltes. Wählen kann jeder Neubürger, der im Besitz eines Flüchtlingsausweises ist. Die Wahlen finden statt: Südwest und Beiertheim am 28. 2., um 16 Uhr, im Zieglersaal. Süd und Innen-Ost am 4. 3., um 19.30 Uhr, im Zieglersaal. West und Innen-West am 9. 3., um 19.30 Uhr, im Bonifatiussaal. Süppurr und Weiherfeld am 5. 3., um 19.30 Uhr, im Gasthaus z. Grünen Baum. Durlach und Aue am 2. 3., um 19.30 Uhr, im Gasth. z. Lamm. Ost am 11. 3., um 19.30 Uhr, im Saal von Haid und Neu. Mühlburg, Daxlanden und Knielingen am 16. 3., um 19.30 Uhr, im Gasthaus zum Ritter.

Die Anmeldefrist bei der Techn. Hochschule für das im Oktober 1948 beginnende Wintersemester 1948/49 läuft bis 15. März d. J. Die Fakultät für Maschinenbau und Elektrotechnik nimmt zum Wintersemester keine ins erste Studiensemester neueintretenden Studierenden auf. Die Bewerber werden von der erfolgten Zulassung so rechtzeitig benachrichtigt, daß sie am 3. 5. 1948 zum Beginn der vor dem Studium zu erledigenden Aufbaudienstpflicht antreten können. Nur Krankheit oder Tätigkeit in einer regelrechten Facharbeiterlehre kann Nichtbefolgen dieser Aufforderung entschuldigen und Aufschub des Aufbaudienstes auf spätere Ferientermine rechtfertigen. Auch Kriegsversehrte und weibliche Studenten sind von der Aufbaudienstpflicht grundsätzlich nicht ausgenommen, sie werden Beschäftigungen im Rahmen des Wiederaufbaus erhalten, die nicht mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden sind.

Begreiflicherweise ist die Technische Hochschule Karlsruhe, die bereits 4000 Studenten zählt, nicht in der Lage, alle Bewerber, auch wenn sie die Voraussetzung eines Reifezeugnisses und der von den einzelnen Fakultäten vorgeschriebenen praktischen Arbeitszeit erfüllen, sofort zum Studium zuzulassen. Der größere Teil muß leider angesichts der Überfüllung zurückgestellt werden. Es wird empfohlen in erster Linie die Wartezeit durch ungesäumte Aufnahme einer regelrechten Facharbeiterlehre mit Abschluß durch ein Facharbeiterzeugnis auszufüllen. Alle deutschen Hochschulen bevorzugen Bewerber mit Facharbeiterzeugnis bei der Zulassung in ganz besonderem Maße, so daß der Studienbewerber sich nicht nur einen krisenfesten Unterbau seines Lebens, sondern auch eine wesentlich verbesserte Aussicht auf Zulassung an einer Hochschule verschafft, wenn er diesen dringend empfohlenen Weg einschlägt.

*

Karlsruher Keglermeisterschaften. In der Einzelmeisterschaft auf der Asphalt-Bahn hatten Frick, Lauer, Pfattheicher, Kußmaul und Knobloch einen guten Start. Der Stand nach 200 Kugeln ist folgender: 1. Frick mit 1116 Holz; 2. Lauer mit 1076; 3. Pfattheicher mit 1074; 4. Kußmaul mit 1068; 5. Knobloch mit 1059; 6. Schäfer mit 1058; 7. Frank mit 1053; 8. Weidemann mit 1042; 9. Käser mit 1025; 10. Wallburg mit 1030 Holz.

Versammlungskalender der Parteien

Die Jahreshauptversammlung der SPD, Ortsverein Karlsruhe, findet heute, 19 Uhr, im „Studentenhaus", Parkring, statt.

Wie wird das Wetter?

Beginnende Milderung. Vorhersage bis Freitag abend: Zunächst heiter bis leicht bewölkt, am Freitag weitere Bewölkungszunahme, noch trocken. Höchsttemperaturen minus 1 bis + 2 Grad, Tiefsttemperaturen minus 5—7 Grad. Schwache bis mäßige Winde aus Ost bis Südost.

Rheinwasserstände

24. Februar: Konstanz 325 (— 3), Breisach 198 (+ 0), Kehl 285 (+ 0), Maxau 433 (— 8), Mannheim 357 (— 15), Caub 277 (— 11).

25. Februar: Konstanz 323 (— 2), Breisach 196 (— 2), Kehl 280 (— 5), Maxau 435 (— 3), Mannheim 348 (— 9), Caub 266 (— 11).

DIE WIRTSCHAFT

Das deutsche Erdöl

Von einer Erdölindustrie spricht man in Deutschland erst seit den zwanziger Jahren. Noch wenige Jahre vorher hätte man über Bohrtürme auf deutschem Boden spöttisch die Achseln gezuckt. Dabei ist die deutsche Erdölindustrie genau so alt oder sogar älter als andere bedeutende Zweige unseres Wirtschaftslebens.

Den Höchststand vor dem ersten Weltkrieg erreichte die deutsche Produktion 1910 mit 145 168 Tonnen. Damals freilich lieferte einen erheblichen Teil (nahezu die Hälfte) das elsässische Vorkommen von Pechelbronn. Mit seinem Verlust sank die deutsche Erzeugung auf 38 440 Tonnen im Jahre 1919. Erst 1930 wurde, als man in Nienhagen bei Celle fündig geworden war, die Vorkriegsproduktion mit 174 000 Tonnen wieder erreicht und überschritten. Der Weg ging dann steil aufwärts auf 238 000 Tonnen im Jahre 1933, auf 1 056 000 Tonnen im Jahre 1940. Damals war dank der hemmungslosen Autarkie- und Kriegspolitik des Dritten Reiches der Höhepunkt erreicht. Aber auch 1944 wurden noch immer 722 000 Tonnen produziert. Im Jahr des endgültigen Zusammenbruchs, 1945, sank die Menge auf 541 000 Tonnen. Schon 1946 war ein neues Ansteigen auf 642 000 Tonnen (1947 allerdings nur 576 000 Tonnen) zu verzeichnen, das wesentlich auf die neuen emsländischen Funde zurückzuführen ist.

Gerade hier aber beginnt aufs neue die Ungewißheit. Als die Erdölvorkommen im Emsland entdeckt wurden — es begann 1939 mit dem Anbohren einer Gasquelle in der Nähe der Stadt Bentheim — erfuhr unter der Herrschaft der Kriegszensur die Öffentlichkeit davon nichts. 1942 lief die emsländische Produktion an. 1946 stieg sie sprunghaft von den 30 000 Tonnen des Vorjahres auf 80 000 Tonnen und damit bereits auf 12,5 Prozent der deutschen Gesamterzeugung, 1947 sogar auf 20 Prozent. Fachleute bezeichnen die Aussichten weiterer Bohrungen als außerordentlich erfolgversprechend. Wie aber wird das Ausland über die holländischen Grenzforderungen entscheiden? Fraglos sind die Funde von wesentlich größerer Bedeutung als alle andern, die man in den letzten beiden Jahrzehnten in Europa erschlossen hat. Die Schätzungen des Gesamtvorrates im Emsland schwanken zwischen 8 und 15 Mill. Tonnen allein auf deutscher Seite. Dazu kommen noch die auf holländischer Seite mit 10 Mill. Tonnen geschätzten Vorkommen. Man rechnet heute damit, daß das Emsland in drei Jahren etwa die Hälfte der gesamtdeutschen Produktion stellen wird. Dabei ist durchaus einkalkuliert, daß die allgemeindeutsche wirtschaftliche Entwicklung wenig Hoffnungen erweckt und eine besondere Forcierung des sich vorerst über vier Felder erstreckenden Vorkommens in naher Zukunft — schon mit Rücksicht auf die Ungewißheit — nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Erdölproduktion beschränkt sich heute ausschließlich auf die britische Zone und hier wiederum fast ganz auf das Land Niedersachsen. Außerhalb der niedersächsischen Grenzen ist im wesentlichen nur das Gebiet von Heide in Holstein zu nennen (1946 Jahresproduktion 74 000 t). Die um 1930 mit großen Hoffnungen geförderten thüringischen Vorkommen (Volkenroda) erwiesen sich als Fehlspekulation. Die synthetische Erdölerzeugung hat mit dem Zusammenbruch gleichfalls ihr Ende gefunden. Gegenüber den emsländischen Vorräten sind die der alten nordwestdeutschen Felder mit nur noch 2,5 bis 3 Mill. t gering. Die Neuaufschlußtätigkeit ist durchaus ungenügend. Würden die holländischen Grenzforderungen erfüllt, so verlöre Deutschland 75 bis 85 Prozent seines Erdöls, was, da wir einer Erschöpfung der alten Vorkommen innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre ins Auge sehen müssen, einem fast völligen Zusammenbruch der deutschen Erdölerzeugung gleichkäme.

Auch die Verarbeitung des Rohöls geschieht fast ausschließlich im niedersächsischen Raum, ihr Mittelpunkt ist Misburg bei Hannover mit den Anlagen der Deurag und Nerag, die mit monatlich 30 000 t Rohöl etwa drei Fünftel der deutschen Produktion verarbeiten. Weiter sind an der Verarbeitung des Rohöls die in amerikanischem Besitz befindliche Deutsche Vacuum Oel, die Deutsche Shell und die DEA beteiligt. Gemessen an der Weltproduktion ist die deutsche Erdölgewinnung gewiß gering, doch erfüllt sie — in ihrer Gesamtbilanz durch neun Jahrzehnte ein durch Fehlbohrungen und Fehlinvestitionen gekennzeichneter erheblicher privatwirtschaftlicher Verlust — eine nicht unwesentliche volkswirtschaftliche Aufgabe. Sie deckt zur Zeit den deutschen Treibstoffbedarf zu rund 47 Prozent. Die fehlenden 53 Prozent müssen eingeführt werden. Dr. G. W.

Dividenden-Erklärungen: Aachen-Leipziger Versicherungs Aktien-Gesellschaft Aachen, 1944 und 1945 ohne Dividende. — Berliner Kraft- und Licht (Bewag) Akt.-Ges., Berlin, 1943/44: 4,5 Proz., 1944/45 und 1945/46 ohne Div. — Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vormals W. Lahmeyer u. Co., Frankfurt a. M., 1944/45 und 1945/46 ohne Div. — Frankfurter Maschinenbau AG., vorm. Pokorny u. Wittekind, Frankfurt a. M., 1946 ohne Div. — Heilmann u. Littmann, Bau-Aktiengesellsch., München, 1946 ohne Div. — Henninger Bräu AG., Frankfurt a. M., 1946/47 Stamm-Aktien 3 Proz., Vorzugsaktien 5¼ Proz. Div. — Hofbräu AG., Bamberg und Erlangen, Bamberg, 1946/47 4 Proz. Div. — Chr. Adt. Kupferberg u. Co., KG a. A., Mainz (Sektkellerei) 1946 ohne Div. — Tuchfabrik Aachen AG., Aachen, 1945/46 ohne Div. — Vereinigte Ultramarinfabriken AG. vorm. Leverkus, Zeitner u. Cons., Köln, 1946/47 ohne Div. (Dena)

Verlust-Bilanzen. Die monatelangen Betriebsstillegungen des vergangenen Jahres hatten ernste Auswirkungen auf die finanzielle Lage industrieller Unternehmungen in Nordbaden. Viele Jahresabschlüsse weisen Verluste auf. Die Stromerzeugungskapazitäten reichen bei weitem nicht aus, um den Strombedarf zu decken, der bei einer erhöhten Produktion notwendig wird. (iw.)

Weitere Entflechtung der Ver. Stahlwerke. Die Deutschen Röhrenwerke A.G. in Mülheim/Ruhr wurden aus dem Konzern der Vereinigten Stahlwerke gelöst. Die neugegründete Gesellschaft trägt den Namen „Rheinische Röhrenwerke A.G. Mülheim/Ruhr". (Dena)

Die Mannheimer Zündholzfabrik, die bedeutendste in der US-Zone, stellt augenblicklich täglich 18 Millionen Zündhölzer her. Die Rohstoffrage ist befriedigend gelöst, aber es fehlt an Arbeitskräften. Bei zusätzlich 40—50 Arbeitskräften könnte die Produktion ohne weiteres auf das Doppelte gesteigert werden. (iw.)

Reparatur-Notprogramm für die westdeutsche Binnenschiffahrt. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe hat sich einer Eingabe der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Duisburg-Wesel, an die zentralen Wirtschafts- und Verkehrsbehörden der Bizone, die Verkehrs- und Wirtschaftsministerien der Länder sowie die zuständigen Bewirtschaftungsstellen für Eisen und Holz angeschlossen, in welcher zur Durchführung eines Reparatur-Notprogramms der westdeutschen Binnenschiffahrt um bevorzugte Zuteilung von Eisen und Holz gebeten wird. Die Eingabe geht davon aus, daß der Binnenschiffahrt gerade heute besondere Bedeutung zukommt. Der Ausfall an Kahnraum als Folge der Kriegsereignisse ist immer noch erheblich. Da wegen des ständigen Materialmangels die Reparaturarbeiten häufig nur notdürftig und behelfsmäßig ausgeführt werden können, sind öftere Wiederholungen bzw. Ergänzungen der Reparaturen an der Tagesordnung. Im Jahre 1946 könnten die Werften im Rhein- bzw. Kanalgebiet mit verhältnismäßig geringen Mitteln, nämlich 3000 t Eisen und 7350 cbm Holz rund 180 000 t Kahnraum und 10 000 PS Schleppkraft reparieren und ausrüsten. Mit dem so geschaffenen zusätzlichen Kahnraum könnten 1 Million t Kohlen zum Oberrhein, 600 000 t Kohlen nach Nord- und Mitteldeutschland und 500 000 t Lebensmittel von der Küste zum Rhein-Ruhrgebiet befördert werden. Die gesamte verladende Wirtschaft hat das größte Interesse daran, daß mit diesen geringen Mitteln die vorgesehene erhebliche Transportsteigerung erzielt werden kann.

„Reichsbahnleistungen 1947". Die von der Hauptverwaltung der Eisenbahnen herausgegebene Übersicht der Betriebs- und Verkehrsleistungen enthält interessante Zahlen der im Jahre 1947 durch die Reichsbahn in den vereinigten Westzonen vollbrachten Transportleistungen. Danach wurden bei 115 Millionen Zugkilometern fast 1,5 Milliarden Reisende und 191 000 t Gepäck befördert. Im Güterverkehr wurden rund 95 Millionen Zugkilometer zurückgelegt und dabei 134 Millionen t Güter bewegt. Im Tierverkehr betrug die Zahl der beförderten lebenden Tiere 1,79 Millionen Stück. Damit legte die Reichsbahn im Jahre 1947 in der Bizone 210 Millionen Zugkilometer zurück. Die Güterwagenstellung in der Zeit betrug im arbeitstäglichen Durchschnitt etwa 30 000.

Künstliche Hände aus Leichtmetall. Zur Leipziger Messe im Frühjahr 1948 (2. bis 7. März) wird in Halle VI der Technischen Messe eine beachtliche Ausstellergruppe medizinisch-technische Erzeugnisse zeigen, die durch ein reiches Angebot elektrischer Apparate und Geräte in Halle VII ergänzt wird. Neben den schon im vergangenen Jahr angebotenen Strömungsapparaten, Heilgymnastikgeräten, Hörapparaten, elektrischen Apparaten usw. hat eine Firma die Ausstellung von künstlichen Händen aus Leichtmetall, sogen. „Leichthänden", angekündigt. Diese neue Hilfe für Kriegsversehrte dürfte in Fachkreisen starkes Interesse finden.

„Wer liefert was?" Im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen werden die redaktionellen Erhebungen für den Bezugsquellen-Nachweis für den Einkauf „Wer liefert was?", Ausgabe 1948 für ganz Deutschland von der Wirtschaftswerbung des Leipziger Messeamtes G.m.b.H., Leipzig C 1, Postfach 611, z. Zt. vorgenommen. Jede Herstellerfirma ist eintragungsberechtigt. Sie hat die Möglichkeit, Firmenname und Ortsname in postamtlicher Schreibweise unter einem Findewort kostenlos eintragen zu lassen. Weitere Eintragungen und Wiedergabe von Schutzmarken oder Warenzeichen sind kostenpflichtig. Eintragungswünsche und Buchbestellungen nimmt auch die zuständige Bezirksvertretung, Heidelberg, Brückenstr. 43, entgegen.

Das **„Branchenadressen-Verzeichnis der Pfalz"** ist erschienen. Es enthält die Namen und Anschriften von über 2000 Firmen mit angelaufenen Produktionsprogramm, ferner wissenswerte Angaben über die Gliederung der Provinzial- und Landesregierung, ein Ortsverzeichnis der Pfalz und die Anschriften der Industrie- und Handelskammern der drei Westzonen. (Südwest-Werbung GmbH., Mannheim.)

Herausgegeben unter Militär-Regierungs-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Nachrichten-Agentur), DPD (Deutsch. Pressedienst Britische Zone) AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachricht.-Büro), (INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen

Adolf Hengst, m. tr. Ubskam., m. lb. Br. u. Schwa., w. a. 21 J. heimg. D. Einäsch. f. i. a. St. st. in tf. Tr.: Lina Hengst geb. de Witt u. Angeh., Khe., Bachstr. 21.
Johann Michael Sorg schloß seine Augen zum ewigen Schlaf. Blumen und Palmen, die ihn umgaben, werden seine Träume verschönern
Emma Hallmaier geb. Herlan, u. lb., treus. Mtt., Grmtt. u. Schwest., ist still von uns geg. Beerd. 26. 2., 15.00 Uhr, Beiertheim. In tiefem Leid: Die Angehörigen
Rosa Dürr, m. l. Frau, uns. gt. Mtt., Schwgmtt. u. Oma, ist n. lg. Ld., i. 66. Lj. in d. Ewigk. geg. Beerd. 26. 2., 11.15. F. d. Hbl.: Johann Dürr, W. Dürr, Winterst. 38.
Max Martin, Reg.-Beurat, m. lb. M., uns. gt. Vt., ist i. Alt. v. 37 J. v. uns geg. In tf. Tr.: Irene Martin geb. Baumann nebst Kd. u. Ang., Gondelsheim, Bhfs.-Wtsch.
Kuni Becker geb. K